

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Belege sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Kager; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Kretz, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1187. Redaktion: F. Kretz, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaßene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christenburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtshülfs-Kommission: Seb. Pant, Frankfurt a. M., Gainerweg Nr. 9, 1. Etage. — Vorsitzender der Preis-Kommission: R. Schäfer, Linden-Hannover, Marktstraße 1, 2. Etage.

Nr. 36.

Hannover, den 2. September 1898.

8. Jahrgang.

## Bekanntmachungen.

Auf Grund der dem Hauptvorstand vom letzten Delegirtenkongress zuertheilten Befugnisse bei größeren und gleichzeitig eintretenden Lohnbewegungen ersuchen wir die Zahlstellen und Zweigvereine, in öffentlichen Versammlungen Stellung zu den Lohnbewegungen in Pagen, Erfurt und Mannheim und zur Unterstützungsfrage zu nehmen.

Von einigen Zahlstellen sind uns irrthümlicher Weise die ungebrauchten alten Bücher zugesandt worden. Das ist nicht richtig. Nur die beglaubigte Zahl der übriggebliebenen Bücher soll uns angehen und die übriggebliebenen Marken eingeschickt werden. Um das Porto zu sparen, können die Bücher an Ort und Stelle vernichtet werden.

Der Hauptvorstand.  
G. Bauer.

## Zur Geschichte des gesetzlichen Maximalarbeitstages.

Die Forderung eines genügend beschränkten Maximalarbeitstages ist in den Organisationen allgemein, die Durchführung desselben ist das Ziel ihrer Wünsche und Zweck ihrer Kämpfe. Diese Frage verschwindet nicht mehr von der Tagesordnung der organisirten Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe, sie wird bei jeder Lohnbewegung erneuert und im Allgemeinen hier und da etappenweise der Verwirklichung näher gebracht. Der Verwirklichung der Forderung stellen sich aber ungeheure Hindernisse in den Weg, weil durch die Interesslosigkeit der Unorganisirten die Thätigkeit der Organisationen beschränkt wird, die erlängten Vortheile sich auch nur immer auf einen bestimmten befristeten Kreis erstrecken und weil die Thatsächlichkeit der außerhalb der Bewegung stehenden, welche für ein persönliches Eintreten für ihre eigenen Rechte noch nicht gewonnen sind und bei den längsten Arbeitszeiten genüßsam dahin leben, ihre rückwirkende Kraft auf die Bewegungen ausübt und die größte Gefahr in sich schließt, auch das bereits Erreichte noch zu verlieren.

In der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung fragt das Unternehmertum nicht darnach, ob die lange Arbeitszeit als solche, oder durch die Art der Arbeit gesundheitsschädigend auf die Arbeiter einwirkt, und zumal dann, wenn die Rücksichtnahme auf die Arbeiter mit Verlust des Profites verbunden ist. Auch das Unternehmertum im Brauereigewerbe hat bis jetzt noch nicht gezeigt, daß die Einsicht in sanitärer Beziehung die Ursache zu irgend einer Bessernden Maßnahme gewesen sei; wohl aber hat man die Arbeiter bei der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit oft genug mit dem Hinweis auf die da und dort noch vorherrschenden weit längeren Arbeitszeiten abzuspreisen versucht, wo die Organisation die Köpfe und Herzen der Arbeitskollegen noch nicht für sich gewonnen hatte.

Der Mangel, der hierin liegt, ergibt sich somit aus der Wechselwirkung, welche das Verhältnis zwischen schwacher Organisation, großem Indifferentismus und einseitiger und rücksichtslosem Unternehmertum erzeugt. Das beste Mittel, diesen Mangel zu beheben, ist vor allen Dingen die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen in dem Maße, daß sie einen bestimmenden Einfluß auf die Regelung der Arbeitszeit zum Besten der Arbeiter in wirtschaftlicher und sanitärer Beziehung auszuüben im Stande sind; doch da die Organisationen in ihrer gegenwärtigen numerischen Schwäche ihre Aufgabe zu lösen in dem Maße nicht vermögen, als wünschenswerth wäre, so versuchen sie die Hilfsmittel der Gesetzgebung für sich in Anspruch zu nehmen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die Vertreterin der arbeitenden Klassen im Reichstag, hat in ihrer Eigenschaft als solche den Interessen und Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen und im Reichstag beantragt:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis, im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und

Verkehrswesen beschäftigten Personen auf 8 Stunden festgesetzt wird.“

Dieser Antrag stand am 4. Februar 1897 im Reichstag zur Verathung, die Verhandlungen wurden seiner Zeit auch in der „Bräuerzeitung“ wiedergegeben. Dem Antrag lag durchaus nicht die Idee zu Grunde, in allen Arbeitszweigen von heute auf morgen den Achtstundentag einzuführen, sondern allmählich von Jahr zu Jahr, ein langsames aber bestimmtes programmatisches Hineinarbeiten in den Achtstundentag, womit ohne Verzug nach Vorlegung und Annahme des beantragten Gesetzes begonnen werden sollte.

Es war voraussehen, daß der Antrag auf Annahme nicht rechnen konnte, weil ein in seiner Mehrheit aus Unternehmern zusammengesetztes Parlament über ihn zu disponiren hatte, das noch dazu alle Vorschläge, die von sozialdemokratischer Seite kamen, als undurchführbar und unzweckmäßig bezeichnete.

Um sich wenigstens den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu wahren, hatte das Zentrum durch die Herren Dike und Bieber folgenden Abänderungs-, richtiger Verlegenheits-Antrag eingebracht:

„Unter Ablehnung des Antrages Auer und Genossen die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben (kaiserl. Erlasse vom 4. Februar 1890), thunlichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken auf höchstens 63 Stunden wöchentlich vorzulegen.“

Auch das war dem Unternehmer-Parlament noch zu viel und so wurde auch dieser, sowie der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. In letzter Stunde sprang noch Prof. Freiherr von Hertling, ein Vertreter der Unternehmerinteressen vom reinen Wasser, ein und brachte einen Antrag ein, der wohl mehr darauf berechnet war, die beiden angeführten Anträge zu Falle zu bringen, welcher am 19. Februar zur Annahme gelangte. Dieser lautete:

„I. Erhebungen, insbesondere unter Befragung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, der Krankenkassen-Vorstände und Aerzte, sowie durch Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten darüber anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird;

II. auf Grund dieser Erhebungen überall dort, wo eine Gesundheitsgefährdung vorliegt, in Ausführung des § 120 e Abs. 3 der Gewerbeordnung durch entsprechende Verordnungen die Arbeitszeit zu regeln.“

§ 120 e Abs. 3 der Gewerbeordnung giebt dem Bundesrath die Befugniß, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorzuschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen zu erlassen.

Darüber giebt wohl kein Streiten, daß die im Antrag Hertling benannten Personen und Institute nicht die Gewähr dafür bieten, wenigstens das, was der Antrag Hertling seinem Sinne nach bezweckt, etwas in für die Arbeiter vorteilhaftem Sinne zu gestalten. Wollte man ernstlich die gestellte Aufgabe lösen, dann müßte die Kommission für Arbeiterstatistik damit beauftragt werden, die sich natürlich auch an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten hätte wenden müssen, aber auch selbstständige Nachforschungen im großen Stile vornehmen konnte. Zu letzteren fehlt es den allermeisten Gewerbe-Aufsichtsbeamten an Zeit, einem Theil auch an den genügenden Vorkenntnissen und nicht zum allerwenigsten an Verständnis, die Schäden der Arbeit zu begreifen, und an Unparteilichkeit. Hätte man die Kommission für Arbeiterstatistik mit diesen „Erhebungen“ betraut und ihr die nöthigen Mittel dafür zur Verfügung gestellt, so könnte diese die Gesundheitschädlichkeit der Betriebe oder Industriezweige am sichersten und zutreffendsten feststellen auf Grund wissenschaftlicher Gutachten seitens unabhängiger Aerzte,

objektiver Beobachtungen von technischen Sachverständigen und vor allen Dingen durch Vernehmung der in den Berufen beschäftigten Arbeiter. Doch wie dem Unternehmertum die Kommission für Arbeiterstatistik, welche nicht in sein Horn bläst, ein Greuel ist und welche es am liebsten ganz beseitigen möchte, ebenso erscheint ihm und auch der Regierung jeder Pfennig, der im Interesse und zum Nutzen der Arbeiter ausgegeben werden soll, nutzlos und überflüssig. Man begnügte sich mit den „Erhebungen“ in dieser Form: Es kostet nix und nützt auch nix.

Nach dem Wortlaut des Antrages Hertling konnte es noch scheinen, daß auch die Arbeiter, wenigstens im kleinsten Maße, bei den Erhebungen gehört würden, denn nur „insbesondere“ sollten die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Krankenkassen-Vorstände und Aerzte u. s. w. in Betracht kommen. Aus dieser Auffassung heraus schrieben wir in der Nr. 48 der „Bräuerzeitung“ vom vorigen Jahre:

„Daß die Brauereiarbeiter ein ganz besonderes Interesse daran haben, braucht wohl nicht erst bemerkt zu werden. Die Klagen über allzulange Arbeitszeit, die bis 18 Stunden oft genug beträgt und die der Gesundheit der Arbeiter durchaus nicht dienlich sein kann, kommen aus allen Theilen des Reiches. Aus welchen Ursachen resultirt denn die durchschnittlich so niedrige Lebensdauer der Brauereiarbeiter bezw. ihre so früh entstehenden „Berufskrankheiten“? Nur aus der ungesunden, übermäßig langen und anstrengenden Arbeit, ohne zu vergessen die mit langen Arbeitszeiten verbundenen, unter allem Maße niedrigen Löhne! Bei diesen „Erhebungen“, wenn sie überall stattfinden, können die Brauereiarbeiter „vorzügliches“ Material in Gülle und Fülle beibringen.“

Doch wir haben uns geirrt, die Arbeiter sind vollständig außer dem Bereich der „Erhebungen“ geblieben. — Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat die ganze Arbeit den so schon überbürdeten Gewerbe-Aufsichtsbeamten übertragen und diese mußten sich damit begnügen, durch Befragen der Aerzte, Krankenkassen-Vorstände und Vergleichung der Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten ihre Ansichten zu konstruiren und zu äußern. Da die Anordnung erst Ende Mai 1897 den Gewerbe-Aufsichtsbeamten bekannt gegeben wurde, so sind auch sehr viele der vor einiger Zeit veröffentlichten Berichte der Beamten recht dürftig ausgefallen. Doch das, was geboten wurde, bietet nicht nur ein grauenvolles Bild der brutalsten und rücksichtslosesten Ausbeutung und Auspressung der Arbeiter und der Vernichtung ihrer Gesundheit, sondern kennzeichnet auch recht treffend die Verleththeit und Unzulänglichkeit der Art der „Erhebungen“ die traurige Organisation des Krankenkassenwesens und die mehr als skandalöse Abhängigkeit der Aerzte in Fällen, wo sie zu Gunsten der Arbeiter die Wahrheit sagen sollen.

Die Befürchtung, die wir, anschließend an das vorherige in derselben Nummer der „Bräuerzeitung“ von 1897, durchblicken ließen, ist zur traurigen Wahrheit geworden. Es heißt dort, daß dieses Material in ungeschminkter Wahrheit an die maßgebenden Stellen und an die Öffentlichkeit kommt, liegt — zum größten Theil an den Vorständen der Krankenkassen u. s. w. Siegen diese Aemter in den Händen von Leuten, die mit Allem, was Arbeitszeit u. s. w. der Arbeiter anbetrifft, hübsch zufrieden sind, die sich den Teufel um das Wohl und Wehe der Arbeiter kümmern, so können wir versichert sein, daß sie in Schönfärberei, Verständnißlosigkeit und Unterdrückung des Materials das Menschenmögliche leisten und erheblich zum Schaden der Arbeiter beitragen werden, während bei einer verständigen und ehrlichen Vertretung vieles gebessert werden kann.“

In den Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten bewahrheiten sich die Befürchtungen in völlig zutreffender Weise. Der Gewerbe-Aufsichtsbeamte aus Oppeln schreibt in seinem Bericht:

„Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind im Wesentlichen auf ihre eigene Wahrnehmung angewiesen. Die meisten Krankenkassen-Vorstände und fast alle Kassenärzte gaben auf die an sie gerichtete Anfrage überhaupt keine Antwort. Die Aerzte sind oft aus Rücksicht auf ihre Existenz, wie einige auch unumwunden zugaben, wenig geneigt, Uebelstände und Schäden aufzudecken, auch pflegen sie eine geregelte Statistik garnicht zu führen.“

Der Gewerbe-Aufsichtsbeamte aus Hildesheim schreibt: „Die Höhe der in der Statistik der einzelnen Kassen enthaltenen Zahlen hängt auch noch von manchen anderen

Umständen ab, die sich der Beurteilung entziehen. Ein Arzt ist leichter geneigt, einen Krankenschein auszustellen als der andere. Auch die Vorstände der Krankenkassen üben in dieser Beziehung einen großen Einfluss aus, welchem sich die Ärzte nicht ganz entziehen können, zumal die Stellen der Kassenzurückführer, namentlich der jüngeren Ärzte gesucht sind. Ebenso können die Inhaber und Betriebsleiter von Fabriken auf eine mildere oder schärfere Untersuchung der sich krank meldenden Kassensmitglieder einwirken.

Der Gewerbe-Inspektor zu M.-Glabbach schreibt über seine Bemühungen, die „längst bekannten bedenklichen Zustände in verschiedenen Neuzer Delmühlen herzustellen“, Folgendes:

Bei den Ortskrankenkassen fand ich wenig, bei den Kassenzurückführern gar kein Entgegenkommen. Die Ärzte beantworteten meine schriftlichen Anfragen nicht.

Diese trockenen Worte bedeuten ein recht jammervolles Bild auf. Die „Erhebungen“, die veranstaltet wurden, um auf Grund der Berichte die Arbeitszeit in den Betrieben einzuschränken, in denen die Länge der Arbeitszeit, die Art der Arbeit gesundheitschädigend auf die Arbeiter einwirkten, blieben erfolglos, weil Alles vom Unternehmertum abhängig ist.

Vom Unternehmertum, weil dessen allzugroßer Ausbeutungsfreudigkeit durch die „Erhebungen“ Schranken gezogen werden sollen. Der Arzt giebt keine Auskunft in Rücksicht auf seine Existenz, die Vorstände der Krankenkassen haben zum Theil keine Zeit, zum Theil stehen sie unter dem Einfluss der Unternehmer und namentlich wird dies bei den meisten Betriebskrankenkassen der Fall sein; in häufigen Fällen werden den Kassenvorstandsmitgliedern die Fragen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten garnicht zu Gesicht kommen, da entscheidet und beantwortet sie der Vorsitzende der Betriebskrankenkasse, ein Vertreter der Betriebsleitung, nach eigenem Ermessen oder er beantwortet sie auch garnicht, wie es gerade im Interesse des Betriebes liegt. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind, wie sie selbst klagen, meist auf „eigene Wahrnehmungen“ angewiesen und diese Wahrnehmungen werden beeinflusst durch die Kenntniss, Eigenschaften und Meinungen ihrer selbst. Aus dem „besseren Stande“ hervorgegangen, haben sie keine Ahnung von der mehr oder minder schädlichen Einwirkung bestimmter Arten von Arbeiten auf die Gesundheit der Arbeiter, welche Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter untergräbt; nur Wenige sind den einseitig bürgerlich-kapitalistischen Ansichten entwachsen und haben sich ein unparteiisches, selbständiges Urtheil über die schädlichen Einflüsse, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, bilden können. Somit haben die von der Reichstagsmehrheit beschlossenen „Erhebungen“ in der Verwirklichung das Resultat gezeitigt, wie es nach Lage der Sache auch nicht anders zu erwarten und quasi auch beabsichtigt war — ein verworrenes Zerstückeltes, mit dem nicht recht etwas anzufangen ist.

Doch schon das Wenige, was von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten, welche sich einen offenen Blick und ein freies Urtheil bewahrt haben, in Erfahrung gebracht wurde, hat diese veranlaßt, für eine ganze Menge von Berufen einen gesetzlichen Maximalarbeitszeit zu verlangen.

Außer den 17 Betriebsarten, für welche bis jetzt ein sanitärer Maximalarbeitszeit festgesetzt ist, schlagen verschiedene Gewerbe-Aufsichtsbeamten zusammen noch für 61 Betriebsarten (darunter der Potsdamer Beamte für 42) die Einführung des Maximalarbeitszeit vor und unter diesen befinden sich auch die Malzdarren, für welche eine achtstündige Arbeitszeit, einschließend einer halben Stunde Pause und 12stündigen Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten, mit Ausschluß von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gefordert wird. Dieser Vorschlag hat auch die „Allgem. Brauer- und Hopfenzeitung, offizielles Organ des deutschen, bayrischen, württembergischen und badischen Brauerbundes, des Thüringer Brauervereins, des Vereins der Brauereien des Leipziger Bezirks, sowie des deutschen Braumeister- und Malzmeister-Bundes“, auf den Plan gerufen. In nächster Nummer werden wir darauf näher zurückkommen.

## Wer sind die „Friedensstörer“ und „Geschäftschädiger“?

Sonnenklar ist diese Frage durch Thatfachen in der jüngsten Zeit beantwortet worden. Man hat sich so lange die größte Mühe gegeben, den organisierten Arbeitern und den Verbandsmitgliedern im engeren Rahmen alles denkbare Schlechte und die niedrigsten Motive bei all ihren Handlungen und Forderungen zu unterstellen und behauptet, daß lediglich Faulheit, Habgucht, Neid zum Straß und Madan, zur Schürung der Unzufriedenheit, Zerstörung der Harmonie und des friedlichen Zusammenarbeitens, zur Schädigung des Betriebes, bei ihrer agitatorischen Thätigkeit, ihre Handlungen bestimmt und beeinflusst hätten.

Obwohl nur die rückständigsten, denkfaulsten und gemeinsten auch zugleich die egoistischsten, herrsch- und gewinnstüchtigsten Glieder des strebenden oder auch treberischen Geschäfts- und Menschenthums diese ihre einzig dastehende „Erkenntnis“ als Blüthe der Weisheit exportierten und man von vornherein diese Weisheit samt ihren gefährlichen Erzeugern dahin werfen konnte, wo alle blödsinnigen und lächerlichen Produkte hingehören, so hat doch die Mehrzahl der interessierten Unternehmer sich über diese Gesetzauffassung nicht anzusehnen vermocht und aus diesem Gesichtswinkel alle vorkommenden Fälle resp. Lohnbewegungen beurtheilt,

die Verbandsmitglieder behandelt und Alles, was nur mit dem Verband in Zusammenhang stand, als Uebel aller Uebel betrachtet und von vornherein verurtheilt.

Man kann sich schließlich die verkehrte Ansicht der Unternehmer über uns und unser Bestreben erklären, wenn immer und immer wieder solches und ähnliches blödes Zeug über uns verbreitet wird, das nur in der Böswilligkeit eines leichtsinnigen Gesindels Ursprung und Quelle hat und nur darauf berechnet ist, Uneinigkeit zu schaffen und die persönlichen Interessen Einzelner zu fördern.

Langsam aber stetig vollzieht sich die Wandlung in der Meinung und der Stellung des Unternehmertums uns gegenüber, und bei den Herren, welche bestrebt sind, sich ein unbefangenes und klares Urtheil über uns zu bilden, verlangen diese Fäulnisstücke nicht mehr. Sie erkennen die Berechtigung jedes Strebens nach Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage vollkommen an, weil sie selbst es sich auch nicht nehmen lassen und werden, immer dazu bereit zu sein, ihren Arbeitern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, soweit sie es in ihrem Geschäftsinteresse thun zu können glauben.

Wo das Geschäftsinteresse stärker ausgeprägt ist als der Gerechtigkeitsfuss — und das ist ja wohl fast noch überall der Fall — da wird man immer eines gewissen Druckes bedürfen, um der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen; wenigstens wird dann aber das Entgegenkommen und die Unterhandlungsform der Unternehmer erkennbar in dem Glauben und dem Bewußtsein gipfeln, daß uns unsere Bestrebungen nicht nur heilig und ernst, sondern, auch sogar nach ihrer Meinung, in gewissem Sinne berechtigt sind. Auf dieser Basis wird dann stets ein Ausweg, eine Verständigung zu finden sein.

Doch Derer, die so denken, giebt es noch wenige, und in gewissen Zwischenräumen und Abstufungen nach unten gruppieren sich die Anderen der Reihe nach an, bis zu dem Standpunkt, auf welchem, in Rücksicht auf die Menschheit als Ebenbilder Gottes, man eigentlich Niemand mehr vermuten und finden sollte — dem Standpunkt des rückwärts losen Ausbeuterei.

Viele der Herren Arbeitgeber mag man ja mit Unrecht in Bezug auf ihre Gesinnung und die Auffassung ihrer menschlichen Pflichten auf die niedrigste Stufe stellen, weil Handlungen, die auf ihr Konto fallen und für welche sie verantwortlich gemacht werden, nicht immer ihrer eigenen Initiative entsprungen sind. Wie oft haben Rathgeber der traurigsten Sorte ihre Hand im Spiel, sie sind im Betrieb ebenso allmächtig als eigenmächtig und verleiten den Besitzer vermöge ihres Einflusses, Handlungen zu begehen, gegen welche sich sein Innerstes sträubt und welche er nach eigenem Empfinden zu thun unterlassen hätte, und dies nicht allein aus Gefühls- und Geschäftsrücksichten, sondern auch um das Ansehen seiner Person, seinen Ruf nicht zu schädigen. Ein großes Theil Mitterantwortlichkeit trifft ihn jedoch immer, insofern er nicht die Energie besessen und angewandt hat, sich der bösen Geister und Rathgeber zu entledigen, um so großen Komplikationen vorzubeugen, zu verhindern.

In Erfurt haben wir gegenwärtig einen derartig eklatanten Fall zu verzeichnen, auf welchen alle diese Momente zutreffen. Der Streit, der sich dort jetzt abspielt, wäre nicht möglich, wenn nicht der Einfluß und die Einflüsterungen bestimmter Persönlichkeiten zum Streit getrieben, ihn heraufbeschworen hätten. Die Besitzer der Brauerei Bächner hätten sich der Blamage nicht ausgekehrt, um einzig und allein wegen einer geringfügigen Verringerung in der Eintheilung der Arbeit, die den Arbeitern jeden zweiten Sonntag eine vollständige Sonntagsruhe garantiren würde, einen langwierigen Kampf zu entfachen. Die Stimme des Gewissens und das Gefühl, das jedem Menschen innewohnt, seinen Namen und seinen Ruf rein zu halten, hätten sie davon abhalten müssen, eine Forderung, welche durchaus im Sinne und Interesse der Ordnung und des guten Einvernehmens liegt und gestellt wurde, abzuschlagen und eine Anzahl Arbeiter und Familienväter, die treu und redlich ihre Pflicht erfüllen, auf die Strafe zu setzen. Das ist ein frivoles Spiel, und der Wackel — denn ein solcher ist es — wird an den Arrangements noch lange hängen bleiben.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß es nicht in der Absicht der Herren Bächner junior lag, lediglich im Gefühle ihrer wirtschaftlichen Machtstellung und im Bewußtsein ihres Vermögens diesen klamullen Streit heraufbeschwören, ihren Namen in einem durchaus nicht schönen Richte in der Welt erstrahlen zu lassen, sich selbst geschäftlich zu schädigen, und daß der Kampf unterblieben wäre, wenn sie zu bestimmen hätten. Aber der Geschäftsführer der Brauerei und besonders im Hintergrunde Herr Staroste, der allmächtige Braumeister des Betriebes, haben als Unverantwortliche nach außen, was Ansehen der Person betrifft wenig, in Geldangelegenheiten garnichts zu riskiren. Aller persönliche und geschäftliche Schaden fällt auf die Besitzer zurück und die Herren im Hintergrunde spekuliren und manipuliren, verfolgen ihren persönlichen Ehrgeiz und ihren Parteistandpunkt als Bundesgenossen zücht auf Regimentskosten.

Man sollte meinen, daß die Leiter des Betriebes vor allen Dingen ihr Augenmerk darauf richten sollten, den Betrieb vor Schaden und Nachtheil zu bewahren. Würde der Betrieb dadurch Schaden erleiden, wenn den Arbeitern die geringfügige Vergünstigung, die Sonntagsruhe gewährt würde? Nicht im Geringsten! Würden die sehr vermögenden Besitzer die paar Pfennige Mehrausgabe, wenn solche durch die neue Eintheilung wirklich entstehen sollte, nicht aufzubringen im

Stande sein? Das wäre laßhaft! Jedoch Herr Staroste verfolgte andere Pläne: Die Schädigung unserer Zahlstelle und die Begünstigung seiner Ergebenen; und den Plan hält Herr Staroste für so werthvoll, daß deswegen der Betrieb schon einen ordentlichen Stoß erleiden, der Geldbeutel der Besitzer recht berbe in Angriff genommen und erleichtert werden kann.

Die Herren Unternehmer mögen also in Zukunft in ihrem eigenen Interesse und um sich eines schlechten Rufes zu erwehren, gut die Augen offenhalten und mit diesen Elementen — welche allein die Friedensstörer und Geschäftschädiger sind, die es unter Umständen fertig bringen, den Betrieb an den Rand des Ruins zu bringen — sobald sie derartige Anwendungen bekommen, kurzen Prozeß machen und sie dahin schieben, wo der Pfeffer wächst. Der Menschheit im Allgemeinen, dem Geschäftsgange und dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde dadurch ein nicht hoch genug zu schätzender Dienst erwiesen. — Die Herren Bächner werden aus den sich jetzt abspielenden Vorgängen gewiß auch eine heilsame und unvergeßliche Lehre ziehen.

Der Boykott in Erfurt hat auch schon seine polizeilichen „ordnungsbedachten“ Maßnahmen gezeitigt. Die Genossen Rudolph und Jährenlam haben je einen Strafbefehl auf eine Woche Haft lautend erhalten. Der eine für die Notiz in der „Erfurter Tribüne“: „Die Bächner'sche Brauerei steht mit der Klassenbewußten Arbeiterchaft Erfurts auf dem Kriegsfuß“, der andere wegen eines Artikels in der „Tribüne“, aus welchem die Behörden etwas herausgelesen haben, was nach dem dummen Unterthanenverstand garnicht darin steht. Hierdurch sollten beide das Publikum ein- geschüchert, die öffentliche „Ordnung“ gestört, das Publikum in der freien Entscheidung beeinträchtigt, ungebührlich belästigt und somit großen Unfug verübt haben. Den großen Unfug, daß die Arbeiter in der freien Entscheidung beeinträchtigt, eingeschüchert, ungebührlich belästigt und die öffentliche Ordnung gestört wird, wenn den Arbeitern die durch die Bibel bestimmte Sonntagsruhe vorenthalten wird, empfindet kein behördliches Herz. — Herr Staroste mit seinen „Arbeitswilligen“, sekundirt von der Behörde, als „Ordnungsstücken“ im Kampfe gegen die Ordnung, welche die Arbeiter erst einführen sollen und wollen: das ist ein Schauspiel für Götter, welches wir den Lesern nicht vorenthalten wollen.

## Bürgerliche Stimmen für Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine Frage, der einschlägige Sozialpolitiker große soziale Bedeutung und volle Berechtigung zuerkennen. Man sollte sich doch nachgerade darüber klar sein, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Steigerung der Arbeitsleistung wett gemacht wird, und daß der Mensch noch zu Anderem da ist als bloß zum Arbeiten. — Es ist kein sozialdemokratisches, sondern ein gut bürgerliches und in bürgerlichen Kreisen großes Ansehen genießendes Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, die das dieser Tage schrieb, und zwar in ihrem Bericht über den Münchener Schreinerstreik, der sich hauptsächlich um Verkürzung der Arbeitszeit dreht. Das Blatt ergreift entschieden Partei für die Arbeiter und gegen das laßhafte Verhalten der Unternehmer.

Es wäre zu wünschen, daß dieses verständige Urtheil überall, wo sich in jüngster Zeit gleichfalls Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung abgepielt haben und theilweise noch abspielen, Beachtung und Beherzigung finden möge.

Angesichts des eigensüchtigen und hartköpfigen non possumus („Wir können nicht“), welches das Unternehmertum jedem Wunsch der Arbeiterschaft, die Arbeitszeit ein wenig zu verkürzen, entgegenzusetzen pflegt, so daß den Arbeitern nichts Anderes übrig bleibt, als von der ultima ratio (dem letzten Mittel) des Streiks Gebrauch zu machen und das non possumus faktisch zu widerlegen — ist jede Neuerung aus bürgerlichen Kreisen zu Gunsten der Arbeitszeitverkürzung werthvoll. Wir wollen daher einen uns kürzlich zugegangenen Artikel des Zentralorgans für die deutschen Wohlfahrts- und Wohlthätigkeitsbestrebungen „Das rothe Kreuz“ ausglücklich reproduziren.

Jedes organisierte Wesen, beginnt derselbe, unterliegt dem Gesetze der Arbeit, das nichts Anderes bedeutet, als die reguläre Funktionierung und fortschreitende Entwicklung seines Organismus. Ihm zur Seite geht aber ein anderes Gesetz, das der Erhaltung, das die Ruhe verlangt, den Wiederersatz der Kräfte nach der Anstrengung. Aus diesen beiden Parallelgesehen und den entsprechenden Beobachtungen der Thatfachen folgt, daß für alle Organismen wie für alle Organe jeder verlängerte Arbeitszustand eine Erschöpfung herbeiführt, die zum Wiederersatz eine Zeit funktioneller Ruhe erfordert. Und zwar muß die Zeit der Ruhe, des Ersatzes für den Kraftaufwand der Arbeit, im Verhältniß stehen zur Stärke und Dauer der Arbeit, oder die Ruhe muß der Arbeit proportional sein.

Diese Sätze wurden auf dem letzten hygienischen Kongreß zu Brüssel von Dr. Felix aufgestellt. Derselbe führte nun weiter aus: Es ist unmöglich, diese Gesetze zu mißachten oder sich ihnen zu entziehen, ohne daß der Mensch den gesundheitswidrigen Einflüssen der Ueberanstrengung und des Frühalters, und insofern dessen der physischen, moralischen und intellektuellen Entartung anheimfiele.

Ogleich aber die Proportion der Ruhe zur Arbeit von allen Aerzten und Physiologen, von Hippokrates bis zur Gegenwart, als notwendig erwiesen wurde, so wird doch gegen dieses Gesetz, dessen praktische Anwendung der Wohlfahrt der Menschheit unerlässlich ist, schwer gekämpft.

Ist man nicht im Rechte, sich zu fragen, fuhr Redner fort, ob die fieberhafte Ueberanstrengung und Ueberarbeit in der Gegenwart nicht die Ursache der geistigen Zerrüttung und des körperlichen Widerstandsmangels sind, die uns für die in der Gegenwart grassirenden Krankheiten, wie Nervenschwäche und Herzkraft (Neurasthenie), Tuberkulose, Typhus u. z. ungünstig machen? Ist man nicht berechtigt, darin die Hauptursache der Gehirnweichung, der Hysterie, der Epilepsie, des Wahnsinns in jeglicher Form und endlich auch des Verbrechertums zu erblicken? — Die Ueberanstrengung führt zur nervösen Erregbarkeit und zur körperlichen und geistigen Schwäche. Das Gefühl der Ermattung und Abgeschlagenheit, das sich einstellt, wenn der Organismus Ruhe nöthig hat und sich derselben nicht hingeben kann, erfordert dann, um die Arbeit nothgedrungen fortzusetzen, den Gebrauch von allerlei Erregungsmitteln, so besonders des Alkohols, die nach und nach zum Bedürfnis werden und zur Leidenschaft ausarten, wie der Genuß des dämonischen Morphiums.

Der Redner betonte weiter, daß der Schlaf dem zivilisirten Menschen keineswegs zur Ruhe genüge, sondern daß es notwendig, ja unerlässlich ist, daß der Mensch, wenn er die Vollkraft seiner geistigen, moralischen und physischen Fähigkeiten behalten und nicht entarten soll, mit seiner Beschäftigung wie mit seinen Zerstreuungen abwechseln muß. Derjenige, der sich diesem Naturgesetz entzieht, wird eine wirkliche Maschine und der Schenobrian tödtet in ihm die höheren Empfindungen und Fähigkeiten ab, die eine wahre Zivilisation erfordert.

Um diese so einfachen, so natürlichen und gebieterischen Gesetze zu respektiren, sei es notwendig, die Tagesstunden des Arbeiters dementsprechend zu regeln. „Ist es nicht barbarisch, in diesem Zeitalter des Egoismus und der unsinnigen Produktion die Gesundheit der Arbeiter in einem Alter gebrochen zu sehen, wo der Mensch die größte Kraft entfalten und die größte Widerstandsfähigkeit zeigen sollte?“

Die lange Arbeitsdauer in den Minen, Fabriken, Werkstätten, im Eisenbahnbetrieb u. a., noch dazu bei gesundheitswidrigen Verhältnissen und geringer Lebenshaltung, verleiht der Arbeit, sei schlimmer und barbarischer als die schändlichste Sklaverei.

Dr. Felly sprach sich auf Grund dieser Ausführungen für den Achtstundentag aus und sagte: „Ich bin über die heute noch so große Opposition, die dieses Prinzip anzuerkennen, sehr erstaunt, dessen Nützlichkeit und Vortheile von allen Gesichtspunkten überall da die Erfahrung bestätigt hat, wo es thatsächlich durchgeführt worden ist.“

Erstaunt sind wir hierüber allerdings nicht, dafür kennen wir die auri sacra fames (die verwünschte Profitgier) und das kapitalistische System zu gut.

Es giebt nicht wenig Spießbürger, die über die Demonstration der Maisfeier, die bekanntlich in erster Linie der Verkürzung der Arbeitszeit gilt, ungehalten sind, weil sie darin eine herausfordernde Kundgebung des proletarischen Machtgebels erblicken. Mögen sie durch die Rede des Dr. Felly eines Besseren belehrt werden.

## Korrespondenzen.

**Hannover.** Die Zahlstelle Wiesbaden hat in der letzten Versammlung 32 Stimmen erhalten gemacht. Bravo!

**Hannover.** In Karlsruhe hat ein Menschen-Verkaufsbureau das Licht der Welt erblickt, welches das weltbekannte Hippische in Freiburg noch fast in den Schatten stellt. Einschreibgebühren und Honorar sind derart hoch, daß der Inhaber einer glänzenden Zukunft entgegensteht, wenn das „Geschäft“ sonst nur florirt. Es fehlt nur noch, daß sich der Herr „Vermittler“ mit einer Anzahl Geschäftsleute in Verbindung setzt zum Zwecke eines größeren „Waaren“verbrauchs. Das Bureau steht noch dazu, wie es scheint, unter großherzoglich bezirksamtlichem Protektorat, wenigstens sind die festgesetzten Bestimmungen über Honorar und Einschreibgebühr von dem Bezirksamt gesehen, genehmigt, unterschrieben und unterstempelt. Glücklicher Inhaber des Vermittlungsbureaus für Bierbrauer, Küfer und Mälzer ist ein Herr Max Matzner, Bähringerstr. 54. Die Bedingungen für Arbeitssuchende sind folgende:

Einschreibgebühr	1 M.
Für Stellen-Nachweis	
mit einem Einkommen von	
500—750	5
750—1000	7
1000—1500	10
1500—2000	15
über 2000	20

Gesehen  
Karlsruhe, den 20. Juni 1898.  
Großherzogliches Bezirksamt.  
Dr. J. Rüfer.      Recht.

(Stempel.) Das heißt doch wenigstens in feines Geschäft. Die bezichtigten Gesinde- und Verkaufsbureau von Menschenwaare können auch kaum bezweifel sein, und Herr Hipp wird sich schwarz ärgern, daß ihm ein ebenbürtiger Konkurrent entstanden ist. — Ob das großherzogliche Bezirksamt die standalöse Schreibererei nicht erkennt, daß sie ein derartig unverstößenes Ansehen behördlich genehmigt und durch Unterschrift und Stempel bekräftigt und unterstempelt? Diese so kolossal hohe Verkaufsgebühr wäre noch zu verstehen, wenn dem glücklichen Erfinder eines Arbeitsplatzes eine bestimmte Zeit der Arbeit garantiert wäre! Hier von ist keine Rede, und wird Mancher in seiner neuen Stelle kaum so viel verdienen, als er an den „Vermittler“ bezahlen muß. Bemerk sei, daß solche Vermittlungsbureau in Zeiten des Streiks auch noch ihre unheilvolle Thätigkeit entfalten. Die Arbeitsnachweisverhältnisse müssen im hiesigen Bunde doch sehr im Argen liegen, wenn solche Institutionen noch behördlich unterstempelt werden. Da ist es freilich an der

Zeit, daß die Gewerkschaften für Ordnung sorgen und den Wampfen das Handwerk legen. Die Arbeiter, auf welche es hier abgesehen ist, mögen sich vorlesen, sie sind gewarnt.

**Hannover.** Ueber die Verhältnisse in der Aktien-Brauerei Stahl, vorm. Garbenheuer, wird uns geschrieben: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn 78—90 M. Behandlung von Seiten des Oberburschen gut, von Seiten des Braumeisters Bins und mehr noch des Kellermeisters Fuchs äußerst schlecht. Die ganze Arbeit wird durch diese beiden zu einer wahren Hölle. Von der Hitze in den Keller und wieder in die Hitze und nur immer los. Die Entlassungen sind meistens auf das Konto des Kellermeisters zu legen, zu Prügel ist er auch sehr geneigt — überhaupt ein „gebildeter“ Mann. Trotzdem drei Mann fehlen und zwei krank sind, wird Keiner eingestellt; die Zwielerarbeit wird durch Treiben ersetzt. Schlafzimmern höchst ungesund, seit einigen Jahren nicht mehr rein gemacht. Zwei Mann müssen in einem Bett schlafen, ausgeklopft werden die Betten überhaupt nicht, folglich sind auch nicht zu wenig Bewesen darin vorhanden. Das Schlafzimmern steht einem Gefängnis ähnlich, Drahtgitter und Essgitter vor den Fenstern, nach 12 Uhr darf Niemand mehr nach Hause kommen. Die Aussicht vom Schlafzimmern ist auf den Abort, vor der Thür Senfölpumpe, unter dem Schlafzimmern Pferde stall, über dem Schlafzimmern Hahnenkamm, wo die Mäuse Nacht arbeiten und der Dreck den Füßen auf den Kopf fällt. Beleuchtung ist keine vorhanden. Pferde- und Hundestall sind bedeutend wohlthätiger eingerichtet. Gasträum ungenießbar. — Alles in Allem ein „trauliches Heim“. — Die Kaller Aktien-Brauerei zahlte im Jahre 1896 8 Prozent und im Jahre 1897 8 1/2 Prozent Dividende; sollte dieser Gewinn es nicht zulassen, auch für die Arbeiter etwas zu thun? Wo bleibt da die „Harmonie“?

**Berlin.** In der Monatsversammlung vom 21. August hielt Genosse Hoffmann einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Moderne Ehen“. Der Referent führte in seiner bekannten drastischen und sehr treffenden Weise aus, wie die Ehe bei den Besitzenden, anstatt im Himmel geschlossen, als Handels- und Kaufobjekt betrachtet wird und nur ein Artikel ist, dessen Preis sich ebenfalls nach Angebot und Nachfrage richtet. Der Vortrag wurde mit vielem Interesse und Beifall aufgenommen. Unter „Besitzhabendes“ wurden wieder Mißstände aus verschiedenen Brauereien zur Sprache gebracht. Der Agitations-Kommission wurde aufgegeben, sich genaue Auskunft darüber zu verschaffen und in der nächsten öffentlichen Versammlung, welche am 4. September stattfindet, Bericht zu erstatten und sie zur Verhandlung zu bringen. Außerdem wurde der Vorstand von der Versammlung beauftragt, für ein ständiges Lokal zu den Versammlungen zu sorgen, da das alte eingegangen ist.

**Bochum.** Am Sonnabend, den 20. August, tagte im Vereinslokal bei Hegemann unsere Monatsversammlung. Unter Punkt „Besitzhabendes“ wurden die Mißstände in den Brauereien Scharpenfels, Bergbrauerei und Viktoriabrauerei erörtert. In den ersteren beiden sind die Wohn- und Schlafräume, in der letzteren die Behandlung seitens der Brauereileitung sehr mangelhaft. Die Brauereien hätten alle Ursache, sich der Sache mehr anzunehmen und Remedur zu schaffen.

**Doertheim.** Da zu gleicher Zeit auch in Unna eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung stattfand, wozu mehrere Kollegen hinfuhren, war die letzte Versammlung nicht zum Besten besetzt. Nichtsdestoweniger ließen sich 5 Kollegen neu aufnehmen und einer umschreiben. Betreffend Wahl eines Vertreters zur hiesigen Ortskrankenkasse ward ausgeführt, daß die hiesige Ortskrankenkasse jährlich viele tausend Mark übrig hat, z. B. im Vorjahre 61 500 M., und wurde vorgeschlagen, man solle auf freie Aerzte- sowie Apothekenwahl dringen und auch beachtet sein, daß so viel wie möglich Gewerkschafter als Vertreter gewählt werden. Im Besonderen ergreift ein Kollege aus Warten, Brauerei Haarmann, das Wort und schilderte die da noch herrschenden traurigen Mißstände. So ist da ein Bechling, der erst seit Januar im Geschäft ist, die Kollegen mit Du anspricht, die Fässer nachsteht, die ein Kollege geschupft hat und sich spitzig als Oberbursche aufspielt. Ueberdies soll der Stilk pro Woche 21 M. Lohn bekommen, der neu eingestellte Kollege bloß 20 M. Man vermuthet hier eine beabsichtigte Schiebung.

**Wiesbaden.** Am Sonntag, den 14. August, fand unsere regelmäßige Monatsversammlung im Kupper'schen Lokal statt. Unter Punkt „Aufnahme neuer Mitglieder“ war eine Neuaufnahme zu verzeichnen. Alsdann erstattete der Kassirer den Stillschlußbericht, welcher von den Revisoren für richtig bestätigt wurde. Bei der Berichterstattung vom Kartell wurde vom Delegirten darauf aufmerksam gemacht, daß man im Kartell der Ansicht ist, die Kopfsteuer von 10 Pf. auf 15 Pf. zu erhöhen; diesem plüschete die Majorität der Versammlung bei. Bei der Gesamtvorstandswahl wurde als 1. Vorstehender Kollege Petrus-Weed, als 2. Vorstehender Kollege Weßlinger-Aufhorst, als 1. Schriftführer Kollege Marx-Weed, als 2. Schriftführer Kollege Mänzel-Weed und als Kassirer Kollege Marx-Weed gewählt. Bei der Besprechung wegen Abhaltung eines Fränkchens konnte keine Einigkeit erzielt werden. Schließlich wurde beschlossen, einen kleinen Ausflug zu veranstalten, die Zeit wird noch näher bestimmt. Unter Punkt „Besitzhabendes“ wurde das feste Nichterscheinen des früheren 2. Vorstehenden Schilling von der Versammlung kritisiert.

**Frankenthal.** Sonntag, den 14. August, fand unsere Monats-Versammlung statt. Nach der Aufnahme eines Kollegen in den Verband wurde die Abrechnung vom Sommerfest erstattet und für richtig befunden. Kollege Baum erstattete Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. Unter „Verbands-Angelegenheiten“ kam das Verhalten von Kantwein zur Sprache, welcher sich gegen den Vorstand der Zahlstelle Frankenthal, sowie gegen mehrere Kollegen Ausdrücke bediente, wie: Schmutzlappen, Stromer, Geier u. s. w. Kantwein drückte sich noch aus, wie er thue die Leute anzusehen, daß sie nichts mehr arbeiten sollten, und es solle sich nur Niemand machen, sonst flog er hinaus. Um den Stänkereien ein Ende zu machen und die Zahlstelle nicht zu schädigen, wurde Kantwein aus dem Verbands ausgeschlossen.

**Gotha.** In den hiesigen Brauereien sind die Verhältnisse noch so gestellt, daß dieselben dringend der Abhilfe bedürfen. In der Soller'schen Brauerei z. B. geht es um 5 Uhr los, dann ohne Kaffee bis 8 Uhr, wo eine halbe Stunde Frühstück ist — also mit nächstem Morgen drei Stunden arbeiten, ohne etwas zu genießen, und dann Bier. Ob hierdurch ein höheres Lebensalter erzielt wird, kann man nicht behaupten. In der Rode'schen Brauerei sollen die Verhältnisse noch schlechter sein. In sämtlichen hiesigen Brauereien ist 1 1/2 Stunden Mittag, nur in der Rode'schen nicht, dafür kommt es aber nicht selten vor, daß es Abends 7 1/2 Uhr, ja sogar 8 1/2 Uhr wird. Für die Brauerei spricht dagegen, daß der Herr Braumeister August Rode jun. ein überaus freundlicher Herrgott ist und sich die Arbeiter an seiner Freundlichkeit „schadlos“ halten können. Komplimente wie: „Soll Euch der Teufel holen!“ oder „Ihr wißt bloß, wenn Ihr mehr Lohn haben wollt, weiter wißt Ihr nichts!“ sind an der Tagesordnung. In beiden Geschäften giebt es überdies weder Wasch- noch Wadervorrichtungen. Die Löhne ein Klein wenig aufzubessern, würden die Arbeitnehmer auch sehr gut vertragen, ohne Uebermüthigkeit zu werden.

**Kaiserhadt.** Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung fand am Sonntag, den 7. August, auf der Zentralfestberge statt. Dieselbe war nur mäßig besetzt. Nach Eingetragung der Beiträge gab der Kassirer die Abrechnung vom 1. Quartal 1898, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden ist. Die Kommission, welche bei den Firmen Salow und Krews vorstellig geworden war, erstattete Bericht, daß die Lohnbewegung zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen ist.

Alsdann wurde Stellung genommen zu einer Lohnforderung der Blankenburger Kollegen. Zunächst schloßten diese ihre noch sehr traurige Lage. Es wurde beschlossen, so bald wie möglich eine Forderung an die betreffende Brauerei einzureichen, um so die noch herrschenden Mißstände zu beseitigen. Zum letzten Punkt erstattete der Delegirte Bericht vom Kartell. Nachdem noch verschiedene innere Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hamburg. (Sektion der Brauer.)** Am 22. August hielt unsere Sektion eine Mitglieder-Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Monat Juli; 2. Wahl eines zweiten Schriftführers und eines Festkomitees; 3. Bericht von der Konferenz in Lübeck; 4. Innere Vereinsangelegenheiten. Zum Protokoll und Bericht der letzten Versammlung wurde zunächst berichtet, daß nicht Gaher, sondern Döllinger als Delegirter nach Lübeck gewählt war. Den Kassirerbericht erstattete Kollege Ziehe. Der Bestand war im Monat Juni 885,80 M. Die Einnahme betrug im Monat Juli 283,74 M., die Ausgabe in demselben Zeitraum 348,70 M., mithin bleibt Kasseebestand: 820,84 M. Der Unterstufungsstellenbestand betrug am 17. Juni 472,10 M. Die Einnahme betrug im Monat Juli 67,30 M., die Ausgabe 140,50 M., verbleibt ein Kasseebestand von 398,90 M. Die Kasse und Bücher wurden für richtig befunden erklärt. Hierauf verlas Kollege Ziehe die für den Kasseebestand auf folgenden Brauereien gesammelten Gelder: Waldbrauerei Wönsen 5,30; Holtzbrauerei 10,80; Winterhuder Brauerei 11,30; Gertigs Brauerei 5,80; Janßen Br. 2,50; Vereinsbrauerei Borgfelde 14,80; Hansabrauerei 9,40; Hammonia 2,60; Marien-thaler Br. 11,30; Garburger Aktien-Br. 5,55; Löwenbrauerei 15,50; Bahrenseld 11,50; Elbschloßbrauerei 13,90; Aktienbrauerei 19,50; Vereinsbrauerei Bergedorf 12,50 M.; zusammen 152 M. Die Wahl eines zweiten Schriftführers fiel auf Kollegen Weßel. Ins Festkomitee wurden die Kollegen Dessner, Neumann, Almanskirch, Gaher, Schmidt, Brandt, Kirch und Schlöger gewählt. Den Bericht von der Konferenz in Lübeck erstattete Kollege Dessner, und berichtete derselbe, daß 17 Delegirte anwesend waren. Die Einzelheiten sind in der „Brauereizeitung“ Nr. 34 vom 19. August enthalten. Die Versammelten waren im großen Ganzen mit dem Erfolg der Konferenz zufrieden. Beim 4. Punkt berichtete der Vorstehende Kollege Klein, daß er ein Schreiben von dem Vereine der Brauereien und Mälzereien von Hamburg und Umgegend erhalten habe, worin erklärt wird, daß der Verein bereit sei, am 22. August mit unserer Kommission zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte in dem von der Kommission vorgeschlagenen Sinne zu verhandeln. Außerdem wurden noch verschiedene Uebelstände erörtert, hauptsächlich solche in der Elbschloßbrauerei, welche die Kommission mit bei den Verhandlungen vorbringen soll. Der Vorstehende Kollege Klein erwähnte die Kollegen, daß sie nicht übereilt und eigenmächtig in einen Zustand eintreten sollen, wie es jetzt wieder in der Darmbeker Brauerei geschehen sei. Erst möchten sie sich nach, wenn Differenzen ausgedrückt sind, an den Verein wenden und nach den Weisungen handeln; sollte jedoch nichts in Uebereinstimmung zu kommen, soll erst dann zum letzten Mittel, dem Streik z. gegreifen werden. Ferner wurde beschlossen, von nun an die Versammlungen nur in Versammlungs-Anzeiger der „Brauereizeitung“ bekannt zu geben, in außerordentlichen Fällen soll es durch eine Annonce in „Hamburger Echo“ geschehen.

**Hamburg. (Sektion der Brauer.)** Die für den 21. August in Unna anberaumte öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung konnte leider nicht stattfinden. Trotzdem der Wirth uns den Saal fest versprochen hatte, nahm er im letzten Augenblick sein Wort zurück. Er wurde aber auch von allen Seiten stark bedrängt. In erster Linie kam Herr Blünne, Besitzer der Adlerbrauerei; derselbe wird wohl Grund haben, die noch nicht veröffentlichten Mißstände nicht an das Tageslicht kommen zu lassen. Dann kam die Polzeiverwaltung, welche, obwohl sie uns die Genehmigung erteilt hatte, alle Mittel in Bewegung setzte, das Zustandekommen der Versammlung zu verhindern. Auch eine Wenige Einwohner Unnas suchten sich veranlaßt, den Wirth zu beeinflussen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, wenn der Wirth sein Wort zurückzog. Noch besonders zu bemerken ist, daß die Polizei auf dem Marktplatz vor dem Lokal und im Lokal selbst stark vertreten war. Man sieht hier wieder, wie Unternehmerrthum und Behörde Hand in Hand gehen, wenn es gilt, die Rechte und Freiheiten der Arbeiter zu schmälern und den Profit der Unternehmer zu wahren. Um annähernd ein Bild von den Arbeitsverhältnissen in obengenannter Brauerei zu geben, sei noch bemerkt, daß dieselbe im Jahre 1890 13 000 Hektoliter Bier aus-gestochen hat, im letztverflorbenen Jahre aber 44 000 Hektoliter und das mit derselben Anzahl Arbeiter. Da müssen ja die Behörden schon einmal ihr streng rechtliches Beamtenherz mit ein klein, klein wenig menschlichem Mithren verlauchen und dem armen, armen Unternehmer bespringen. — Da die Versammlung nicht zu Stande kam, laden wir die Brauereiarbeiter Unnas ein, in unsere nächste Monats-versammlung zu kommen. Dieselbe findet am 4. September statt.

**Karlruhe.** Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Presse sind wir wieder genöthigt, Mißstände an die Öffentlichkeit zu bringen, in der Hoffnung, daß diese dadurch ihr Ende erreichen. In der Brauerei Schrenpp waltet der Herr Braumeister seines Amtes, wie es scheinen muß, durchaus nicht unparteiisch. In einer öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung im Januar d. J., in welcher Kollege Weßel referirte, erklärte der Herr Braumeister zwar, ihm sei es gleich, ob einer dem Zentralverband angehört oder einem anderen Verein, aber unsere Vermuthung, daß dem nicht so ist, scheint immer mehr zur Gewißheit zu werden, wenn man beobachten muß, wie die organisirten Kollegen gebrückt werden, wo nur die Gelegenheit sich dazu bietet. Ferner spricht auch noch dafür, daß der Herr Braumeister beim Zusprechen verschiedener Mißstände, ob der Betreffende im Verband ist. Das Eine mit dem Anderen kann man nicht gut als Unparteilichkeit bezeichnen. An den Herrn Braumeister wie an den Herrn Direktor möchten wir das Ersuchen richten, der freien Ueberzeugung der Leute Raum zu geben, wie sie es für sich ebenfalls in Anspruch nehmen. Es ist genug, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, seine Ueberzeugung ist sein unantastbares Eigenthum, das sollten die Herren Arbeitgeber respektiren. Die Klagen in der Brauerei Köpfer sind immer noch nicht zur Zufriedenheit erledigt. Die Behandlung seitens des Braumeisters B. läßt viel zu wünschen übrig. Im Interesse des Friedens möge Herr Köpfer dieser Anregung nachzukommen sich bemühen; es kann auch ihn nicht besonders freudig stimmen, wenn er fortgesetzt seiner Behandlung wegen in der Zeitung prangt. Sollte es nicht anders werden, werden wir uns weiter verwenden müssen.

**Mannheim.** „Es darf eine Million kosten“, brüsten sich die Ringbrauereien. Beim Speyerer Boykott sollte es auch „eine Million“ kosten, die Herren haben sich aber früher besonnen. Wenn sie es wahr machen wollen? — Die Berliner Brauereibesitzer wünschen sich einen solchen Boykott nicht mehr herbei — wieleicht werden die Mannheimer Herren durch Schaden auch noch klug. Mit 20 000 M. Konventionalstrafe haben sich die Herren verpflichtet, dem „Dinge“ treu zu bleiben; Konventionalstrafen sind nicht bindend, und wer weiß? — Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung am 22. August beschloß einstimmig, daß die in Arbeit stehenden letzten Brauereiarbeiter pro Woche 2 M. und die verheiratheten pro Woche 1,50 M. zur Unterstützung der Streikenden zahlen. Im Durchstreicheren der Gastwirthe bei dem Boykott zu vermeiden, hat die Boykott-Kommission in einer öffentlichen Volks-versammlung vom 25. August den Antrag empfohlen, welcher einstimmig angenommen wurde: „Die heutige öffentliche Arbeiter-Versammlung beschließt:

Sämtliche zur Zeit des Boykott-Beginnes Durlacher Hof- und Schwelger-Bier führenden Wirtschaften sind bezüglich des Bieres vogelrechtlich, gleichgültig, ob diese Bier aus anderen Brauereien beziehen oder nicht, es sei denn, daß sie Bier der Mosbacher Aktienbrauerei in Mosbach — das ringsherum ist — führen.

Staubenbändler, welche von der Boykottkommission öffentlich als rings- und vogelrechtlich bezeichnetes Bier — zur Zeit wie oben gesagt Mosbacher Aktienbier — verkaufen, bleiben vom Boykott verpönt; alle anderen müssen jedoch nach wie vor dem Boykott verfallen bleiben.

Die Boykottkommission hat mit einer leistungsfähigen Brauerei in Mosbach einen Abbruch gemacht, nach welchem die Brauerei zunächst 600 Hl., bei dauernder Abnahme bis zu 1000 Hl. gutes Bier pro Woche zu liefern sich verpflichtet. Die Mosbacher Brauerei hat die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie weder einem Ring angehört noch angehören will. Mit einer weiteren, nicht dem Ring angehörenden Brauerei ist die Boykottkommission ebenfalls in Unterhandlung getreten. Näheres wird nächste Woche bekannt gegeben. Der Boykott wird streng durchgeführt. Nur solche Wirtschaften, welche klar nachweisen können, daß sie ihr Bier nicht aus einer Ring-Brauerei beziehen, werden von der Boykottliste gestrichen oder öffentlich in der „Mannh. Volksstimme“ oder „Wf. Post“ bekannt gemacht. Flugblätter werden mit den Bestellungen verschickt und auch durch Parteigenossen und die streifenden Brauereiarbeiter selbst verteilt. Die Gewerkschaften sprachen sich in ihren Versammlungen für strenge Durchführung des Boykotts aus. — Der Direktor der Löwenbrauerei erklärt zwar: Sozialdemokraten und Heher kommen nicht mehr herein, aber manche Meinung ändert sich in einer kurzen Zeit und vielleicht auch bei diesem Herrn.

Wülhelm a. d. Ruhr. Unsere letzte Mitglieder-Versammlung war sehr gut besucht. 5 Kollegen ließen sich aufnehmen und hoffen wir in der nächsten Zeit auf noch mehr Zuspruch, da man des „Bundes“ hier müde ist. Hoffentlich ist die nächste Versammlung noch besser besucht.

### Gingefandt.

Bamberg. Wenn man hört, wie an allen Orten die Zahlstellen des Verbandes in erfreulicher Weise sich entwickeln und auszuwachsen, wie immer neue Zahlstellen entstehen und alle mit wahrer Schaffensfreude die Verbesserung der Lage der Arbeitkollegen in die Hand nehmen und schon ungeheuer viel in dieser Beziehung getan haben, so muß es den einsichtigen Kollegen doppelt schmerzhaft berühren, wenn hier in Bamberg, wo wir am allerersten Ursprünge hätten, uns zu regen und zu bessern, eine unverantwortliche Raubheit und Rässigkeit Platz gegriffen hat. Der Zahlstellen, in denen in gleicher Weise die Kollegen ihre Pflichten vernachlässigen, werden sehr wenige sein. Viele Kollegen kümmern sich nicht im geringsten darum, was sie sich und ihren Nebenmenschen schuldig sind, was diese und event. ihre Familien darunter leiden, sie arbeiten direkt zu ihrem und zu Aler Schaden. Die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erringung eines angemessenen Lohnes, Beringerung der Sonntagsarbeit unser Dasein auch als menschliches Leben zu gestalten, treten sie mit Füßen. Die Rücksichtnahme auf ihre Nebenkollegen, denen sie und sich selbst durch solidarisches Verhalten sehr nützen könnten, das allgemeine Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeitslosen ist ihnen fremd; den Arbeitgebern Gefälligkeiten zu erweisen, in deren Interesse und zu ihrem eigenen größten Schaden zu arbeiten, ist die Richtschnur für ihr ganzes Verhalten. Bezeichnend dafür ist, als seiner Zeit der Gewerbe-Inspektor sich wegen der 7-8stündigen Sonntagsarbeit ins Mittel legen mußte, daß sich nach Kollegen fanden, welche der Wahrheit gegenüber vor Gericht bekundeten, daß sie nur drei Stunden arbeiteten. Das ist ein äußerst trauriges Zeichen mangelnden Charakters und eine so vollständige Verkennung ihrer eigenen Interessen, eine Verleugnung des Standpunktes des schaffenden Arbeiters, daß es anderswo als in Bamberg und gleichgültig auch nicht gut mehr zu finden sein dürfte. Ob diese Kollegen sich nicht endlich auf ihre Pflicht besinnen und über das Bedürfnisniveau des Arbeitstieres hinauskommen werden? Ueberall die Lust und Liebe im Streben nach Besserung, aber auch überall die Freude des Genusses der erlitteneren Früchte — und in Bamberg sind viele Kollegen unternehmerfreudiger, mehr auf deren Vorteil bedacht als diese selbst; überall die Solidarität, welche die Kollegen befähigt, ihr Loos zu bessern; in Bamberg sehen wir, wie viele Kollegen darauf hinarbeiten, unsere Lage zu verschlechtern.

Mögen diese Worte die Kollegen daran erinnern, wie trübe es noch mit ihren kollegialischen Begriffen aussieht, wie weit sie noch davon entfernt sind, nützliche Glieder der schaffenden

Arbeitnehmergesellschaft zu sein, wie falsch und auf die Dauer schädlich ihr selbes unerklärliches Verhalten ist, und mögen sie sich denen anschließen, welche fest und unentwegt die Fühne des Verbandes hochhalten und sie in gemeinsamer Arbeit zum Besten Aller unterstützen. Sie werden die Ueberzeugung gewinnen, daß sie nur ihre Pflicht und recht daran thun.

### Todtenliste.

Am Freitag, den 19. August, Mittags 11 1/2 Uhr, verunglückte unser Kollege, der Oberbürsche Michael Fischer derart, daß der Tod sofort eintrat. Wir verlieren in ihm einen guten Vorberürscher, der stets auf das Wohl der Kollegen bedacht war. Möge ihm die Erde leicht sein!

Die Kollegen der Brauerei König, West 6. Ruhrort. Am Samstag, den 27. August, starb unser treues Mitglied Franz Wollmer aus Rottenburg nach 1/2 jährigem Krankenlager im Alter von 21 Jahren. Möge ihm die Erde leicht sein! Zweigverein Frankenthal.

### Wochenschau.

— In einer Berliner Brauerei wurde kürzlich eine größere Anzahl Arbeiter entlassen. Der Grund war, weil die Verwaltung der Brauerei in Erfahrung gebracht haben will, daß seit sechs Monaten täglich 2 Biereltonnen Bier verwendet wurden. Da man keinen Verdacht hatte, auch kein Aufsehen erregen wollte, erfolgte in aller Stille die Arbeiterentlassung. Nachdem sollen die Diebstähle aufgehört haben. — Den Namen der Brauerei möchten wir gern kennen lernen, die diese mehr als eigentümliche Dr. Eisenbart-Nur unternommen hat — „ohne Verdacht“ und nur um „kein Aufsehen“ zu erregen eine größere Anzahl Arbeiter zu entlassen, um die Diebstähle zu verhindern.

— Wie wir neulich mitteilten, wurde ein Brauereibesitzer und Hoflieferant wegen Steuerdefraudation zu 138 000 M. Strafe verurteilt. Die hiesige Staatsregierung hat ihm davon 128 000 M. im Gnadenwege erlassen. Die Motive zu dem Strafmaß lauteten: „Wenn der Brauereibesitzer die ganze Summe von 138 000 M. hätte bezahlen müssen, wäre ein blühendes Geschäft ruiniert und dem Staate sowie einer armen Gemeinde eine höchst wertvolle Steuerkraft für immer entzogen worden.“ — Hierzu bemerken einige Tagesblätter: Wenn ein armer Mann seine 6 M. Steuern nicht bezahlen kann, wird er gefänglich; den Hoflieferanten und Brauereibesitzer sind 128 000 M. Strafe geschenkt worden, damit sein blühendes Geschäft nicht ruiniert werde. Man wird nicht gerade sagen können, daß durch solche Vorkommnisse die Ueberzeugung, daß bei uns Jeder mit demselben Maße gemessen werde, an Beweiskraft gewonnen habe. Sehr richtig! Und ähnliche „Gleichheit“ vor dem Gesetz können wir täglich wahrnehmen.

### Verbandsnachrichten.

- \* An Protokollen haben weiter erhalten: Oggersheim 20; Darmstadt 20; Silbesheim 15; Wabern b. Bern 5.
- \* Für Frau Köhler in Oera gingen ein: Vom Verein Berlin 20 M.
- \* Für die streifenden Sagerer gingen ein: Von den Kollegen in Dortmund 53,50 M.; an den Hauptvorstand von den Hochumer Kollegen 20,12 M.; für die Rortorfer 6,50 M.
- \* Berlin. Die Kollegen werden ersucht, die alten Mitgliedsbücher umzutauschen. Beiträge auf die alten Bücher werden nach wie vor in allen Zahlstellen entgegen genommen. Dasselbe findet auch bei Umtausch der Bücher statt. Nur ein solches Mitgliedsbuch kann umgetauscht werden, das bis einschließlich Juli 1898 gelebt ist.
- \* Berlin. In einer Versammlung der Brauereihilfsarbeiter am 16. August wurde beschlossen, über die Frage des Anschlusses an den Verband, welcher schon vor dem Delegierten-tag formell beschlossen war, eine Urabstimmung vorzunehmen.
- Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Lokal von Hoffmann, zum „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c, vom Vorstand als Versammlungslokal bestimmt ist.
- \* Frankenthal. Laut Versammlungsbeschluss wurde Georg Rantewein, Verbandsnummer 10 188, aus dem Verbandsausgeschliffen.
- \* Götting. Unterstützung zählt der Kassirer Kollege Fleck, Brauerei Soller, Mittags von 12—1 Uhr aus.
- \* Schweinfurt. Unterstützung zählt Kollege Hoffmann, Restauration, Bauergasse 107, aus.
- \* Tübingen. Die Wirtschaft des Kollegen Wirtmeyer „Zum Adler“ wird den Kollegen als Logis empfohlen.

### Anruf an die Zahlstellen von Rheinland und Westfalen.

Die Fragebogen, welche als Grundlage zur Ausarbeitung eines Flugblattes dienen sollen, gelangen jetzt zur Verwendung. Die Vorstände und Vertrauensmänner werden gebeten, dieselben gewissenhaft ausgefüllt bis spätestens 1. Oktober zu retournieren.

Besprechungen werden die Kassirer ersucht, mit dem Agitationskomitee abzurechnen, indem am 1. August jede Extrasteuer in Wegfall kommt. Ueber die Verwendung der noch vorhandenen Marken kann auf der Konferenz, welche Ende Oktober d. J. stattfindet, beschlossen werden.

Die Agitations-Kommission für Rheinland u. Westfalen. J. A. J. Kiesel.

### Briefkasten.

Für Inserate haben zu bezahlen: Seifert, Bamberg 80 Pf.; Boger, Neuklingen 2 M.

„Zus Ausland 204“, sowie allen Resistenten zur Nachricht, daß die Stelle im Auslande unter Chiffre 500 bereits besetzt ist.

Grüner, Götting und Jacobs, Erfurt. Mehr noch als es gewöhnlich der Fall ist, kamen vorige Woche die Versammlungsberichte zc. erst am letzten Tag, da ging es absolut nicht anders. Besten Gruß!

### Versammlungs-Kalender zc.

Berlin. Die Monats-Versammlungen finden von jetzt ab jeden Sonntag nach dem 15. im Monat im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c, statt. Die Urabstimmung zu der am 2. Oktober, Nachmittags 1 Uhr stattfindenden Vorstellung, sind bei Preuss, Neue Friedrichstraße 20, zu haben.

Bremen. Sonnabend, den 3. September, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Krüdemeyer. Die Tagesordnung lautet: Die ablehende Antwort der St. Pauli-Brauerei auf unsere Lohnforderungen.

Dresden. (Fachverein der Brauereiarbeiter.) Sonntag, den 4. September, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Saale des Volksbildungs-Vereins, Schöffergasse 23. Tagesordnung: 1. Die Krankenunterstützungskasse und Beschlussfassung hierzu. 2. Herbstvergnügen. 3. Gewerkschaftliches und Fragesteller-Debatte. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Essen a. d. Ruhr. Sonntag, den 11. September, Nachm. 2 Uhr: Monats-Versammlung bei Felchner. Es ist größte Pflicht eines Jeden, pünktlich zu erscheinen. Namentlich werden die Kollegen von Altdorf, Horst, Steele und Vorbeck besonders hierauf aufmerksam gemacht.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 4. September, Vorm. 10 Uhr, bei Bierheilig: Vorstand- u. Vertrauensmänner-Versammlung.

Hamm i. W. Sonntag, den 4. September, Nachmittags 1 Uhr: Monatsversammlung bei Feltenberg. Die Kollegen von Greden und Unna sind hierzu besonders eingeladen.

Hof. Mittwoch, den 7. September, Abends 8 1/2 Uhr: Monats-Versammlung im Lokale des Gastwirts Egginger, Fabrikzeile. Die Tagesordnung wird im Lokale bekannt gegeben. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Leipzig und Umgebung. Sonntag, den 4. September, Nachmittags 3 Uhr: Brauerverammlung in Weller b. Lindau im Gasthof „Zum Löwen“, wozu sämtliche Kollegen von Leipzig und Umgebung dringend eingeladen sind. Tagesordnung: Besprechung betreffs Gründung einer Zahlstelle.

Mülheim a. Rhn. Unsere regelmäßigen Monats-Versammlungen finden von nun ab bei Herrn Schmitz, Deutzerstraße, statt. Dies allen Kollegen von Mülheim und Köln zur Kenntnisnahme. Nächste Versammlung am Sonnabend, den 3. September.

Mülheim a. d. Ruhr. Sonnabend, den 3. September: Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Oggersheim. Sonnabend, den 10. September, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal „Wittelsbacherhof“. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet.

Reutlingen. Sonntag, den 4. September, Nachm. 2 Uhr: Monats-Versammlung im Lokale „Zum Gerberthor“. Wegen Abrechnung sollte kein Mitglied fehlen.

Schweinfurt. Die Versammlung findet am Sonntag, den 11., und nicht am 4. September statt. Vollständiges Erscheinen der Kollegen ist notwendig.

### Inserate.

Um die Adresse des Kollegen Karl Lindner aus Bamberg, 1894 Jahrgänger in der Feldschl.-Brauerei Duisburg, ersucht die Expedition dieser Stg.

Unlieb verspätet. Unserm lieben Kollegen M. Kessler u. seiner wertvollen Frau zu der stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei St. Verker, Roppenhausen.

Unlieb verspätet. Unserm Verbandskollegen u. Schriftführer Paul Beier u. seiner lieben Frau Pauline zu der am 23. August stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Eilenburg.

Unsern treuen Verbandskollegen Karl Lindner und seiner lieben Frau Johanna Sölcher zu der Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen der Aktien-Brauerei Hof i. Bayern.

Jäger Mann, 2. Pl. im Romantik eines größeren Biergrosso-Geschäftes tätig gestift auf beste Zeugnisse und prima Referenzen, sucht möglichst in ähnlichem Geschäft oder Brauerei Stellung. Welche Offerten unter H. L. an die Exped. d. Stg. eröfnet.

**Hamburg.**  
Allen Verbandsmitgliedern wird der Branerverkehr von **P. Meyer, Weststraße 7** (in der Nähe des Berliner und Klosterthor-Bahnhofes), bestens empfohlen. Dasselbst Arbeitsnachweis.

**Georg Gehrig,**  
Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12,  
Liefert die besten  
mit handgestrichten Schaifwoll-Sohlen nebst prima Letztwäsche.

**München.**  
Restaurant „Zur Bavaria-Brauerei“,  
Landsberger Strasse 70-72.  
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, Gesellschaftszimmer und Saal, hochfeines Bier aus der Unions-Brauerei einer geneigten Beachtung.  
Mittagsstisch von 10 Pfg. an.  
Achtungsvoll  
**Josef Königsmid.**

Wir empfehlen unseren Lesern die Wochenchrift **In Freien Stunden.**  
Romane u. Erzählungen für das arbeitende Volk.  
Preis pro Heft nur 10 Pf.  
Mit dem 27. Heft beginnt **Die Armen und Elenden.**  
Von Victor Hugo.  
Auszug von J. Dammberger.  
Man abonniert bei der Expedition d. Blattes oder bei der Post (Postzeitungsstatistik für 1898 Nr. 3612.)

**Hannover.**  
Allen Kollegen und Freunden empfehle meinen neu eingerichteten **Gasthof u. Restaurant, Schillerstrasse 4.**  
Gute und billige Küche, sowie ff. Bier. — Reinliches u. gutes Logis zu jedem Preise.  
Nache noch besonders auf mein großes Klubzimmer aufmerksam.  
Vorsichtungswohl  
**Hans Wilhelm,**  
Schillerstr. 4, gerade Straße vom Bahnhof.

**C. R. Wittber**  
Chemnitz  
28 Müllerstr. 28.  
Fabrikant der allbekanntesten **Chemnitzer Holzschuhe,** desgl. Schlappschuhe, Pflüschuhe, Mäler-Pantoffeln.

**Brauer- und Mäler-Mützen**  
sowie Hüte in sämtlichen Reihen der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

 <b>Jockey-Mütze</b> in allen Farben, von 1-1,75 M.	 <b>Klapp-Mütze,</b> Stoffmützen von 1 bis 2 M., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 M., Ripseide 2,50-3 M.	 <b>Strand-Mütze</b> in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 M.	 <b>Steife Brauer-Mütze</b> in Tuch, blau und grün, von 1,75 bis 2 M.
---	---	--	--

**Breite Klappmütze**  
in Sammet, Seide u. Stoff.  
**Carl Fiedler, Dresden,**  
Schäferstraße 53.

Wo befindet sich der Brauer **Gustav Mergner** aus Girschberg a. S.? Adresse erwünscht unter **O. F. 20**, postlagernd Götting, Westfalen.

Bringe meine **Gastwirthschaft** nebst **Ausspann** in empfehlende Erinnerung. Klubzimmer noch auf einige Abende frei.

**Emil Kaiser,**  
Linden, Steinhaustr. 2,  
Am Marktplatz.

  
Dittungs-  
marken  
Rabbitmarken  
Kaufstempel  
sowie alle  
Druckarbeiten  
in Buch- und  
Steindruck

Liefert sauber und preiswerth  
**Konrad Müller,**  
Schöneberg-Beipzig.  
Zuschriftete Preislisten gratis.

**Joh. Dohm**  
Spezialgeschäft f. Bierbrauer,  
Kiel, Winterbeckerstr. 12,  
empfiehlt in bekannter Güte: gute, bauerhafte Hemden, bunt und normal, Unterhosen, Socken, wollene Westen, Arbeitshosen, Seiden- und Tuchhosen, Polyschuh, Pflüschuh, Mäler-Pantoffeln, große Stoffe, Handtöcher, Biertrüge u. f. w.  
Preisliste gratis.